



PRESSEMITTEILUNG

Keine Abschiebungen in den Westbalkan!

Mit einem offenen Brief hat sich der Flüchtlingsrat Thüringen an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht gewandt und um einen sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Ländern des Westbalkan gebeten.

"Wir möchten anlässlich der Hochwasserkatastrophe die Aufmerksamkeit der Landesregierung auf jene lenken, die nicht im Mittelpunkt der Medienberichterstattung stehen: die Angehörigen der Minderheitengruppen der Roma, Ashkali und ÄgypterInnen.", so Madeleine Henfling, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates.

Jetzt Menschen in diese Länder abzuschieben, wäre unverantwortliches, unmenschliches Verwaltungshandeln. Auch ohne Hochwasser werden in die Balkanländer Abgeschobene meist in vollkommene Ungewissheit geschickt: sie wissen nicht, wo sie wohnen sollen, wie sie ihren Lebensunterhalt verdienen, wovon sie leben und ihre Kinder ernähren sollen. "Umso mehr gilt das jetzt, da die Situation für alle dort lebenden dramatisch ist.", so Henfling.

Die Lage der in den betroffenen Regionen lebenden Minderheitenangehörigen hat sich durch die Flutkatastrophe dramatisch zugespitzt: Menschenrechtsorganisationen berichten von massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten seit der Flut, viele der provisorischen Roma-Siedlungen – diese bestehen häufig aus „zusammengeschusterten“ Hütten – in den betroffenen Regionen sind besonders von der Zerstörung durch Hochwasser und Erdbeben getroffen (nach Informationen von UNICEF wurden allein in der Stadt Obranovac in Serbien 20 Roma-Siedlungen komplett zerstört), zum Teil vollkommen weggespült und von Versorgungswegen abgeschnitten.

"Zu befürchten ist auch, dass Roma, die in solchen informellen Siedlungen lebten und/oder behördlich nicht registriert sind, keine Entschädigung für ihre zerstörten Häuser und Hütten erhalten und dass zehntausende Menschen dauerhaft obdachlos bleiben werden.

Hinzu kommt die mangelhafte medizinische Versorgungssituation, zu der die betroffenen Minderheitenangehörigen kaum Zugang schon bei normalen Verhältnissen haben.", ergänzt Vorstandsmitglied Sabine Berninger.

"Es ist ein ganz normaler humaner Akt, schutzsuchende Menschen einer solchen existenziell bedrohlichen Lebenssituation NICHT auszusetzen. Darauf ist Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht sicherlich schon selbst gekommen.", geben die beiden Flüchtlingspolitikerinnen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass "unser offener Brief eigentlich überflüssig ist."